

Deutsche Wohnen & Co. enteignen

Wir schaffen das!

Von Hermann Gora

In der Bundeshauptstadt regt sich aktiver Widerstand gegen große Immobilienkonzerne. Nicht das politische Berlin – vertreten durch eine rot-rot-grüne Senatskoalition – ist zu gesellschaftlichen Veränderungen wildentschlossen, sondern die zur Miete wohnenden Spreeathener machen nun mobil – mit einem Volksentscheid. Seit dem 26. Februar sammelt die Initiative »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« mit zahlreichen ehrenamtlichen Helfern dafür Unterschriften.

Denn die finanzstarken Immobilienkonzerne bauen in der Stadt am Bedarf vorbei, erhöhen die Mieten und spekulieren mit dem Wohnraum. Mit dem Volksbegehren soll diese ungezügelter Markt macht nun gebrochen werden. Durch eine Vergesellschaftung würden rund 240 000 Wohnungen der Spekulation entzogen. 115 000 Wohnungen in der Hauptstadt gehören allein der »Deutsche Wohnen SE«.

Der angestrebte Volksentscheid könnte zweifellos Geschichte schreiben und wäre langfristig sogar ein echter Gewinn für die Stadt mit dem Mietendeckel. Die Initiatoren berufen sich dabei auf den Grundgesetzartikel 15, der damit erstmals angewendet werden würde. Dort steht nämlich geschrieben: »Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinschaft überführt werden.« Ziel der Aktion ist es: Unternehmen, die mehr als 3000 Wohnungen in Berlin besitzen, zu enteignen, um diesen Wohnraum dann als Stadteigentum gemeinwohlorientiert zu verwalten.

Als einzige Partei im Abgeordnetenhaus unterstützt DIE LINKE diese Initiative. Doch auch ver.di erkannte, dass in dieser Aktion eine alte gewerkschaftliche Idee wieder auflebt. Sechs Tage nach dem Unterschriftenstart lud der ver.di-Landesbezirk Berlin-Brandenburg zu einer Videokonferenz, die von der stellvertretenden Landesbezirksleiterin Susanne Feldkötter moderiert wurde. Über 70 Interessierte hatten sich zugeschaltet und Kalle Kunkel vom Bündnis »Deutsche Wohnen & Co. enteignen« resümierte über den Aktionsstart: »Es war noch nie

so viel politisches Engagement.« Er sieht darin »eine Kampagne der Hoffnung«. Denn jetzt sei ein zentraler Punkt erreicht, an dem »wir Gestaltungsfragen aufwerfen können«. Konkret gehe es darum, die Eigentumsfrage zu stellen. Auch wenn Gernot Brehm vom Volksentscheidbündnis versicherte, dass die Entschädigung haushaltsneutral sei, steht außer Frage, dass das Aktionsthema die Stadt spaltet. »Es geht um Solidarität und nicht darum, eine Gruppe gegen die andere auszuspielen«, verdeutlichte Susanne Feldkötter. Sie verwies darauf, dass es bereits 2019 im ver.di-Jugendvorstand eine breite Diskussion dazu gab und dort auch der Unterstützungsbeschluss gefasst wurde.

Bis zum 26. Juni müssen 177 000 gültige Unterschriften vorliegen. Das sind rund 1500 täglich. Eine riesige Herausforderung unter den Pandemiebedingungen. Aber die Initiatoren sind überzeugt: Wir schaffen das! Über den aktuellen Stand der tatsächlich gültigen Stimmen erhält die Initiative monatlich einen Zwischenbericht der Landeswahlleiterin Dr. Petra Michaelis.

Kalle Kunkel machte noch einmal deutlich, dass die im A4-Querformat angelegten Unterschriftenliste in Farbe, Form und Größe nicht verändert werden dürfen. Sie können von der Initiatorenseite (siehe Link) heruntergeladen werden. Ebenfalls auf dieser Website ist der Beschluss text downloadbar, der für die Unterschriftswilligen einsehbar sein muss. Die ausgefüllten Listen können per Post an Mietenvolksentscheid e.V., Stadtteilbüro Friedrichshain, Warschauer Straße 23, 10243 Berlin geschickt oder in den Briefkasten am Empfang des ver.di-Landesbezirkes (Köpenicker Straße 30, 10179 Berlin) gesteckt werden.

Die Volksentscheidaktivisten sind sich sicher, dass mit dem erfolgreichen Verlauf dann ein Signal von Berlin ausgeht, das in puncto Wohnen mehr Diskussionen auslösen werde als bisher. Denn das Wohnen ist keine Ware. Deshalb muss das Wohnungswesen demokratisch gestaltet werden. Und das geht eben nur über eine Vergesellschaftung – auf Grundgesetzbasis.

→ Volksbegehren/Unterschriftenliste

Stiftung »ethecon« erinnert an Fukushima

»TEPCO muss haften!«

Von Peter Asmussen



Die zerstörte Kernkraftanlage von Fukushima

Im März jährte sich zum 10. Mal die Katastrophe von Fukushima. Gemeinsam mit ihren japanischen Partnerorganisationen forderte die internationale Stiftung »ethecon«, dass die Verantwortlichen des TEPCO-Konzerns für die gesamten Schäden an Menschen und Umwelt haftbar gemacht werden.

Die BewohnerInnen Fukushimas sind der Strahlenverseuchung schutzlos ausgeliefert. Im Jahr 2012 verlieh die Stiftung ihren »ethecon Dead Planet Award«. Der Schmähprijs wird jährlich an Personen und Institutionen vergeben, die den Planeten Erde nachhaltig zerstören. Seitdem hilft die Stiftung den allein gelassenen Menschen von Fukushima. Sie unterstützt die »Fukushima Collaborative Clinic«, wo sich Ärzte unter anderem um Krebs-Vorsorge kümmern, die von der japanischen Regierung vernachlässigt wird.

Am Jahrestag der Katastrophe starteten große Demonstrationen in der Präfektur Fukushima gegen die dort geplanten Olympischen Spiele. Die TeilnehmerInnen sehen darin ein Ablenkungsmanöver. Sie wollen unter anderem auch verhindern, dass radioaktives Wasser in

den Pazifik geleitet wird. Die Tanks in denen es gesammelt wird, sind nämlich zum Überlaufen voll, meldete die Wochenzeitung »Die Zeit«. Die Brennelemente, die ständig gekühlt werden müssen, konnten bis heute nicht geborgen werden. Inzwischen lagern über 1,2 Millionen Tonnen radioaktiv verseuchtes Wasser auf dem Gelände. Täglich kommt neues hinzu. Die gewaltigen Kosten für die »ewige« Reaktorkühlung und die Aufräumarbeiten trägt die japanische Bevölkerung, während die TEPCO-AktionärInnen Gewinne kassieren.

Der 2011 zuständige japanische Ministerpräsident Naoto Kan wurde aus dem Amt gedrängt, weil er TEPCO zur Rechenschaft ziehen wollte. Statt dessen wurde der erkrankte Shinzo Abe ins Amt gehievt. Der erklärte den Gau einfach für beendet und will die Olympischen Spiele nach Japan holen. Die Eröffnung soll in unmittelbarer Nähe der Reaktoren in Fukushima stattfinden.

Weltweit formiert sich der Widerstand gegen die Spiele 2021 im Schatten des japanischen Super-Gaus.

→ ZDF-Bericht

Forderungen der »ethecon« Stiftung

- ▶ Haftung des Vermögens von TEPCO sowie der BesitzerInnen (AktionärInnen) für die Kosten sämtlicher Schäden und Entschädigungen!
- ▶ Übernahme der Haftung für alle unmittelbaren und mittelbaren akuten und Folgeschäden!
- ▶ Bestrafung der verantwortlichen ManagerInnen und GroßaktionärInnen!
- ▶ Keine erzwungenen Rückführungen der Evakuierten!
- ▶ Gerechte Entschädigung aller Opfer und Betroffenen sowie ihrer Hinterbliebenen!
- ▶ Keine Olympischen Spiele in Japan!